



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Parteilpolitische Fälschungen. Es ist niemals Gewohnheit der Grenzboten gewesen, von der freundlichen oder unfreundlichen Kritik, die die Tageszeitungen ihnen haben angedeihen lassen, ernsthaft Notiz zu nehmen. Bei dem heutigen Zustand in den politischen Parteien und ihrer Presse wäre es erst recht unangebracht, damit anzufangen. Wo auch in dieser Presse die Grenzboten seit Jahr und Tag im Parteinteresse als Eideshelfer angeführt oder als Missethäter heruntergerissen worden sind, da war die Hauptsache unsrer Ausführungen verschwiegen, und nur einzelne Sätze waren mit mehr oder weniger Geschick aus dem Zusammenhang herausgegriffen worden, um dem lieben Publikum nur ja die unbequemen Wahrheiten, die wir gesagt hatten, vorzuenthalten. Das scheint die leidige Parteidisziplin heute so mit sich zu bringen. Für uns hatte es nur insoweit Interesse, als wir aus dem, was die Parteiblätter ihren Leuten verschwiegen, am besten ersehen konnten, was „gefressen“ hatte, d. h. was sie als wahr und überzeugend anerkennen mußten und deshalb vor den Herren Parteigenossen geheim halten zu müssen glaubten. Es geht uns natürlich nicht allein so. Die ganz und gar unwahrhafte, ungesunde und unhaltbare heutige Parteiorganisation kann nur noch durch ein rücksichtslos durchgeführtes und zu einer gewissen Meisterschaft gediehenes System von Fälschungen der Wahrheit für einige Zeit am Leben erhalten werden.

Wenn wir heute zunächst einige gegen uns gerichtete Angriffe der Parteipresse einer kurzen Besprechung würdigen, so geschieht das deshalb, weil diese Angriffe sachlich einen Krebschaden im politischen Leben der Gegenwart dem Leser besonders deutlich vor Augen führen, den mit allem Nachdruck und unermüdetlich zu bekämpfen wir für unsre Pflicht halten: die Fälschung der konservativen Gesinnung in Preußen. Wir beschränken uns dabei in der Hauptsache auf das Beispiel, das die Kreuzzeitung in dieser Beziehung giebt, und berühren nur beiläufig das eines früher hochachtbaren Provinzialblatts, der Schlesischen Zeitung.

Diese Zeitung brachte am 29. April eine Kritik unsers Artikels über den landwirtschaftlichen Groß- und Kleinbetrieb und die Erhöhung der Brotgetreidezölle (Heft 17 vom 25. April), die, soweit sie überhaupt etwas, was wir gesagt haben, betrifft, eine so arge Oberflächlichkeit und Leichtfertigkeit des Kritikers verrät, daß es sich hier nicht lohnt, näher darauf einzugehen. Aber am Schluß sagt er: „Hüten sollte man sich aber, den Kaiser als Schlepenträger der Agrarier zu bezeichnen. Diese Unterstellung ist ebenso unsinnig wie etwa die Behauptung, der Kaiser wolle der Börse zu Diensten sein, wenn die Regierung keine Erhöhung der Getreidezölle vorschlagen würde.“ Hier kann von Fahrlässigkeit nicht mehr geredet werden. Der Kritiker mußte wissen, auch wenn er den Artikel, und was die Grenzboten sonst zur Sache gesagt haben, nur oberflächlich gelesen hatte, daß dieser Schlußsatz, auf die Grenzboten bezogen, eine Lüge war. Die Schlesische Zeitung wird zu prüfen haben, ob er gewollt hat, daß die Leser den Satz so auffassen sollten, als ob die Grenzboten diese unsinnige Unterstellung ausgesprochen hätten, und wenn sich das ergeben sollte und die Zeitung sich trotzdem nicht beeilte, ihre Leser über die Wahrheit aufzuklären, so würde sie sich selbst der bewußten Lüge — der politischen Lüge, oder der Parteilüge, wie man vielleicht sagen darf — schuldig machen. Die Grenzbotenleser werden auf alle Fälle daraus ersehen können, bis zu welchem Grade die parteipolitischen Fälschungen leider auch in der konservativen Parteipresse schon gediehen sind.

Die Kreuzzeitung hat neuerdings, so viel uns zu Gesicht gekommen ist, am 25. April und am 2. und 12. Mai ihren Lesern über unsere Stellung zu der Getreidezoll- und der Kanalfrage, namentlich aber über unsere Ansichten von dem unrichtigen Verhalten der heutigen konservativen Parteien gegenüber der Krone einige Mitteilungen gemacht, die ebenso geeignet sind, die Wahrheit zu fälschen, wie der erwähnte Schlußsatz in der Kritik der Schlesiſchen Zeitung. Leider hat sich das aristokratische Blatt dabei in steigendem Maße zu sehr plebejischen Schimpfereien hinreißen lassen, die wir als Zeichen des Verfalls der politischen Sitte auch auf dieser Seite sehr bedauern, hier aber natürlich ignorieren. Ganz besonders unbecquem ist ihr augenscheinlich zunächst die Wahrheit gewesen, die wir den preußischen Konservativen über das Drängen auf gesetzliche Festlegung von Minimal Kornzöllen im Generaltarif gesagt haben (Heft 16 vom 18. April). Wir hatten dabei ganz ausdrücklich als den Hauptgrund, weshalb ein solches Verhalten eines Konservativen unwürdig sei, die notorische Thatsache bezeichnet, daß seit Jahr und Tag von der Parteiagitation vor der kritiklosen Masse der Landwirte die Notwendigkeit der Minimalzölle im Generaltarif unverblümt und unverhohlen mit dem Mißtrauen motiviert werde, das man gegen den Kaiser haben müsse, er werde sein Wort, den Landwirten durch eine angemessene Erhöhung der Kornzölle zu Hilfe zu kommen, nicht halten. Diesen in der That sehr schweren aber gerechtfertigten Vorwurf verschweigt die Kreuzzeitung vollständig, weil sie die Thatsache selbst und ihren jede wirklich konservative und monarchische Gesinnung ins Gesicht schlagenden Charakter anerkennt, das Parteiinteresse aber verlangt, daß die Parteigenossen nicht zu dieser Erkenntnis kommen. Sie sucht vor ihren Lesern unsere eingehende und eindringliche Darlegung der Sache als „völlige Sinnlosigkeit“ hinzustellen, indem sie einige Phrasen darüber macht, die dieses liebenswürdige Prädikat wirklich voll auf verdienen, aber mit dem, was wir gesagt haben, überhaupt nicht in logischem Zusammenhang stehen. Nicht weniger läuft auf eine Fälschung der Wahrheit folgendes Kunststück hinaus. Wir hatten in einer Besprechung der Kanalkrise (Heft 20 vom 9. Mai) unter anderem gesagt: „Trotz aller Versicherungen, daß die Kanal- und die Kornzollfrage ganz voneinander getrennt werden sollten, sind sie thatsächlich agrarischerseits in den engsten Zusammenhang gebracht worden, wie das namentlich aus den jüngsten Auslassungen in den Preußischen Jahrbüchern hervorging.“ Höhnisch fragt die Kreuzzeitung: „Was können denn die von den Absichten der Konservativen wissen? Glauben denn die Grenzboten, daß Professor Hans Delbrück, weil er früher im Reichstage auf den Bänken der Reichspartei gesessen hat, unser Vertrauensmann ist?“ Und doch hatten die Preußischen Jahrbücher neben einigen auch uns sehr wenig vertrauenerweckend scheinenden Phrasen des Herausgebers eben den viel besprochenen programmatischen Kanalarartikel des Freiherrn von Zedlitz gebracht, worin, ebenso wie gleichzeitig in der Post, klar und unzweideutig die Zustimmung zum Mittellandkanal von dem Ausfall der Zollfrage abhängig gemacht war. Da hört doch jede Ehrlichkeit den Lesern gegenüber völlig auf.

Allem setzt es aber die Krone auf, wenn die Kreuzzeitung dann fortfährt: „Ebenso niedrig und sinnlos zugleich ist es, was das Blatt über die angeblichen »Machenschaften und Ränke der ostelbischen Fronde« gegen den Kaiser und gegen den Grafen Bülow sagt, während es die maßlosen Unverschämtheiten, die sich die liberalen Kanalfreunde und Landwirtschaftsfeinde in diesem Sinne täglich erlauben, mit der wohlwollendsten Miene verschweigt.“ Warum sagt die Kreuzzeitung ihren Lesern nicht, daß wir bei den von ihr kritisierten Ausführungen ausdrücklich ein neues, ganz bestimmtes, schwarz auf weiß vorliegendes corpus delicti der „ostelbischen Fronde“, die die Grenzboten seit Jahren als die Hauptverderberin der konservativen Gesinnung in Preußen bekämpfen, vor Augen hatten, den beispiellos

perfiden und hinterlistigen Artikel der Hamburger Nachrichten, worin, wie wir uns freilich recht deutlich ausdrückten, der Versuch gemacht wurde, den Kanzler gegen den Kaiser scharf zu machen? Will sie sich zum Schildhalter dieser Perfidie machen? Man muß es annehmen, womit dann allerdings ein neuer trauriger Beweis für das verhängnisvolle Umsichgreifen der Korruption des Konservatismus in Preußen erbracht wäre. Seit zehn Jahren hat diese Fronde ihre giftigen Pfeile gegen die Person des Kaisers abgeandt, weil sie ihre werbende Kraft auf den großen Haufen kannte, seit zehn Jahren ist von ihrer Presse alles aufgeboden worden, dem Kaiser das Vertrauen der konservativen Masse der Landbevölkerung zu stehlen, und die Kanalfrage in beiden Auflagen, ebenso wie die Kornzollfrage ist zu diesem Zweck in geradezu beispielloser Weise ausgebeutet worden und wird noch ausgebeutet. Und das nennt sich „noch konservativ“! Nicht uns kann die Kreuzzeitung diesen Namen absprechen, sondern wir können ihn ihr absprechen, solange sie in dieses Horn bläst. Und wie grundunehrlich ist auch die Andeutung, wir hätten stillschweigend den „liberalen Unverschämtheiten“ unser Wohlwollen bewiesen, wo wir doch unausgesetzt die Impotenz, Entartung und Unehrllichkeit des Liberalismus ebenso rücksichtslos gegeißelt haben, wie die Korruption des parlamentarisch übermächtigen Parteikonservatismus, und wo wir immer und immer wieder hervorgehoben haben, wie unendlich verhängnisvoller für das Gemeinwohl diese Korruption ist, eben weil es Konservative sind, die ihr verfallen. Parteilügen, nichts als Parteilügen sind es, mit denen die gutgläubigen Leute draußen noch im Bann der alten Parteien festgehalten werden, und wer diesen Bann brechen will, wer über den Parteien stehen will, der darf um Gottes willen nicht zu Worte kommen, der muß totgeschwiegen oder totgelogen werden, damit nur ja das Volk die Wahrheit nicht hört und den Parteilügnern die Thür weist. Die Grenzboten können ein Lied davon singen, sie haben schon lange die Ehre, von den Parteilügnern links und rechts verfolgt zu werden, wie kaum ein andres politisches Wochenblatt in Deutschland. Aber, Gott sei Dank, Lügen haben kurze Beine, auch die Parteilügen, auch die unter konservativer Flagge. Aber schon mehr als zu viel haben wir uns mit diesen unerquicklichen Details der Parteitaktik von heute beschäftigt.

Zur Naturgeschichte der parteipolitischen Fälschungen im allgemeinen hat vor einiger Zeit ein Wissender, wie es scheint, Herr Bueck vom Zentralverband deutscher Industrieller, einen trefflichen Beitrag geliefert. In einer Versammlung des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen sagte er bei der Besprechung der Kanalfrage unter anderm folgendes. Als er vor vielen Jahren für die dortige Industrie zu wirken begonnen habe, und das Vereinsleben, dem er diene, die ersten großen Blüten gezeigt habe, da habe er sich des Abends hingelegt und sei des Morgens aufgewacht mit dem Gedanken, was zu beginnen sei, um die Aufmerksamkeit der Mitglieder zu erregen und sie rege zu halten für die wichtigen Punkte, die das Interesse des Vereins erweckten. So sei es auch in der großen Organisation der Landwirte. Wenn sich ein Agitationsmittel so außerordentlich ergiebig erweise, wie die Lehre, daß die Kanäle die Interessen der Landwirtschaft schädigten, so lasse man als Leiter eines Vereins eine solche Agitation nicht gern fahren. Darin sehe er die Ursache des zähen Widerstands, der allen bessern Einwendungen zum Trotz gegen die Kanalvorlage festgehalten werde. — Wer sich die Mühe genommen hat, die Praxis und das Wesen unsers politischen und wirtschaftlichen Parteitreibens praktisch kennen zu lernen, wird zugeben, daß der Mann weiß, und daß er auch die Wahrheit darüber sagt, wie es gemacht wird. Aber verschließen sollte er sich der Erkenntnis nicht, daß diese Praxis notwendig zu einer Korruption der politischen Gesinnung, zu einer Verlogenheit im gesellschaftlichen, staatsbürgerlichen Leben führen muß, der nicht

scharf genug entgegengetreten werden kann. Was hat die Suche nach solchen ergebnisreichen Agitationsmitteln nicht schon für Unrat angerichtet? Um so ärger, je findiger die Sucher waren. Der deutsche Parteiliberalismus, der lange Zeit ein gewisses Monopol dieser Findigkeit hatte, ist schließlich dadurch bankrott geworden. Jetzt scheint sich der Parteikonservatismus mit Ungeßüm auf die Sache zu werfen. Wir fürchten sehr, er wird dabei gleichfalls bankrott werden. Das mundus vult decipi, ergo decipiatur ist ein zweischneidiges Schwert, das zuletzt immer den am schwersten schlägt, der es führt. Vollends jetzt, wo die Zahl der klug gemachten denn doch verhältnismäßig sehr viel größer ist als früher, und auch der große Haufe es sehr viel übler nimmt, dumm gemacht zu werden. Mit dem alten Rezept der parteipolitischen Fälschungen ihr Glück zu versuchen, wäre wahrhaftig das dümmste, was die konservative Partei unternehmen könnte.

Als vor vierundvierzig Jahren die preussischen Konservativen im Landtage den Steuervorlagen der Regierung, wie es scheint, faktische Opposition machten, schrieb König Friedrich Wilhelm IV. an Manteuffel folgenden Brief, den Poschinger kürzlich veröffentlicht hat, und der bei der gegenwärtigen Lage ein eigentümliches Interesse hat:

„Seien Sie so gut, lieber Manteuffel, den Herren Ministern in meinem Namen den Auftrag zu sagen: »Ich sei nach vielfacher Überlegung und im lebhaften Gefühl der Situation des Moments und der Stellung der Regierung und des Königs in Person gegenüber der aristokratischen Opposition des Herrenhauses zum Entschluß gekommen, die Steuervorlage je eher je lieber zurückzuziehen, d. h. vor Ende der Osterferien.« Diese Opposition ist im Begriff und Anlauf, mich und die Minister in eine schiefe Lage zu versetzen und verfolgt das Beginnen mit einer bedenklichen Instance und Siegesgewißheit. Ich will weder mich selbst noch meinen höchsten Rat der Gefahr aussetzen, im Blachfeld geschlagen zu werden. Die Konsequenzen scheinen mir unberechenbar bei der höchst eigentümlichen Auffassungsweise deutscher mißleiteter Aristokraten, bei der nach dem »Sieg« veritablen Verdrehtheit derselben, bei ihrer notwendigen Befestigung »auf dem Holzwege.« Wir müssen dieser Aristokratie womöglich das lebendige Gefühl ihrer gefälschten Lage der Regierung gegenüber beibringen. Das geht, wenn nicht alles trügt, allein auf dem bekannnten Wege, den geschickte Ringer anzuwenden wissen. Durch plötzliches, unvorhergesehenes Loslassen mitten im Ringen, wodurch der Gegenpart hintenüber fällt. Der Fall auf den Hinterkopf kann hier das kranke Kopforgan gesund machen. Die Kur ist eine heroische, aber ich weiß kein andres Mittel, aus der Situation heraus zu kommen in einem Augenblick, wo diese Opposition nahe dabei ist, den Habitus eines schnell wachsenden Polypen mit tausend Armen anzunehmen. Ich warne das Staatsministerium vor einem Kampfe, bei welchem nichts gewiß ist als die Niederlage. Gönnen wir dem Feinde den Razenjammer, den ein plötzliches Nüchternwerden aus dem Rausch hier gewiß erzeugt.“

Wir können nur recht sehr wünschen, daß es der Regierung in Preußen wie im Reich gelingen wird, den konservativen Parteien recht bald das lebendige Gefühl ihrer gefälschten Lage der Regierung gegenüber beizubringen. In der preussischen Kanalfrage sind sie ja vorläufig auf den Hinterkopf gefallen, aber ob das sobald zu dem Nüchternwerden, das nötig ist, und dem Razenjammer, den wir ihnen gönnen, führen wird, steht noch dahin. Sie erhoffen noch auf einem andern Blachfeld den „Sieg,“ der sie natürlich erst recht „auf dem Holzwege“ befestigen würde. Das würde aber jeder, der wirklich konservativ denkt, aufs tiefste beklagen müssen.

Agrarischer Sozialismus in Italien. Wer durch den östlichen Teil der oberitalienischen Tiefebene fährt, der hat ein von jeder deutschen Landschaft weit abweichendes Bild vor sich. Wo bei uns offene Feldbreiten weite Flächen bedecken, und Dörfer um einen Kirchturm zusammengedrängt, von Grün umrahmt, dazwischen liegen, da sieht er dort lange gerade Reihen von Maulbeerbäumen und Pappeln, durch Weinreben verbunden, über die Felder ziehen, wie ein dichtgespanntes Netz, das den Blick überall einengt, dazwischen halb versteckt zahllose weiße Einzelhöfe, dann und wann auch eine Kirche, ein stattliches Herrenhaus, aber keine Dörfer, und er gewinnt leicht die Vorstellung, auf diesem üppigen Boden, der zugleich Getreide, Bäume und Wein trägt, müsse ein wohlhabendes glückliches Volk hausen. Leider trägt hier der Augenschein. Die Leute, die hier wirtschaften, sind fast niemals die Eigentümer der Bauernhöfe, sondern Pächter auf kürzere oder längere Zeit; die Besitzer dieser Herrenhäuser und der Fluren ringsum leben höchstens einige Sommerwochen hier und kümmern sich nicht um die Bewirtschaftung, von der sie auch gar nichts verstehen, sondern sie wohnen in den Städten und beziehen ihre Renten von ihren Pächtern. Die Leute, die die Hauptarbeit thun, sind in der Mehrzahl besitzlose Tagelöhner (*giornalieri*, *braccianti*), die buchstäblich von der Hand in den Mund leben und sich, wenn die ländliche Arbeit ruht, kläglich und kärglich durch den Winter bringen.

Unter diesem ländlichen Proletariat ist nun seit einer Reihe von Jahren eine Bewegung entstanden, die ihren Mittelpunkt in der Provinz Mantua hat, dem alten Herzogtum desselben Namens, und von dort immer mehr in die Nachbarlandschaften übergreift. Man berechnet hier den durchschnittlichen Jahresverdienst des erwachsenen *contadino* mit Einschluß dessen, was er vom Garten, vom Hühnerhof, von der Seidenwürmerzucht lösen kann, auf etwa fünfhundert Lire, eine Summe, die im Vergleich mit andern italienischen Landschaften nicht ungünstig erscheinen mag, aber in der That doch niedrig genug ist. Doch noch viel drückender wirkten wenigstens früher die Verdienstlosigkeit im Winter, die in manchen Gegenden der Landschaft die armen Leute zwang, sich während dieser Zeit von wildwachsenden Wurzeln zu ernähren, und die Unsicherheit der Lohnverhältnisse, da die Arbeiter vielfach nur wochenweise ohne feste Bestimmung über den Lohn angenommen wurden. Das führte denn fortgesetzt zu agrarischen Verbrechen aller Art, namentlich zur Beschädigung der Weinreben und zu Brandstiftungen an Scheunen und Ställen, die teils Racheakte waren, teils Verzweiflungsthaten, um Arbeitsgelegenheit zu schaffen, und die so überhand nahmen, daß die Feuerversicherungsgesellschaften teils die Prämien verdreifachten, teils in dieser Provinz überhaupt keine Versicherungsverträge mehr abschlossen. Endlich kam es 1884 zu großen Arbeitseinstellungen. Die Behörden griffen scharf ein, über zweihundert Leute wurden verhaftet und im Februar 1886 unter der Anklage des Aufruhrs vor das Schwurgericht in Venedig gestellt. Dieses aber sprach sie frei, trotz der vielfach ausgesprochenen Befürchtung, ein solches Urteil möge den offenen Aufstand entfesseln.

Dazu kam es jedoch keineswegs. Die Landarbeiter des Mantuanischen ergriffen zwar das Mittel der Selbsthilfe, aber nicht in der Form von Gewaltthaten, sondern sie bildeten Arbeitsgenossenschaften (*società cooperative*), die sich zu einer Vereinigung für die ganze Provinz zusammenschlossen. Doch waren die Erfolge zunächst nicht besonders günstig. Da griffen etwa seit 1890 die Sozialisten besonders von Mailand aus in die Bewegung ein, und durch eine überaus rührige Agitation in Wort und Schrift, die von städtischen, wissenschaftlich gebildeten Männern geleitet wurde, gründeten sie eine Menge sozialistischer Verbindungen (*leghe*) in der ganzen Provinz Mantua, brachten schon im Juli 1893 die anfangs widerstrebende Gesamtvereinigung der Arbeitsgenossenschaften (*federazione delle*

cooperative) zum Anschluß und vereinigten endlich alle *leghe di miglioramento* der Provinz zu einer mächtigen Organisation, mit der auch die sozialistischen Vereine der benachbarten Provinzen in Verbindung traten. Ihre Ziele: Verbesserung der Löhne um 20 bis 60 Prozent der bisherigen und Verkürzung der Arbeitszeit haben sie bis zu einem gewissen Grade schon erreicht, sie haben, wie ihre Freunde behaupten, ihre Leute fest diszipliniert und sie mit dem Bewußtsein der Gemeinsamkeit erfüllt, sodaß heute die agrarischen Verbrechen fast aufgehört haben, und daß auch bei den aufrührerischen Bewegungen im Mai 1898 die Provinz Mantua vollkommen ruhig blieb. Sie haben die Pächter und die Eigentümer gerade durch ihre höhern Lohnforderungen zu intensiverer Wirtschaft durch ausgedehnte Verwendung landwirtschaftlicher Maschinen und künstlicher Düngemittel, also zur Steigerung der Erträge genötigt, und eben jetzt sind um Gonzaga und Ostiglia großartige Entwässerungsarbeiten begonnen worden, die mit einem Kostenaufwande von etwa zehn Millionen Lire in drei bis vier Jahren mehrere Tausende von Hektaren vor den Überschwemmungen des Po sichern und in fruchtbares Ackerland verwandeln sollen. Jedenfalls ist die ganze Provinz Mantua „fast vollständig zum Sozialismus befehrt“ und seine stärkste Burg in Italien geworden.

Dieses Ergebnis erfüllt mit stolzer Genugthuung und Zuversicht die einen, wie einen ihrer thätigsten Führer, Enrico Ferri, der in dem Niesenprozeß von 1886 die Angeklagten verteidigen half und dadurch der warme Freund ihrer Sache wurde (siehe seinen Aufsatz in der *Nuova Antologia: La lotta di classe nello campagne Mantovane*, Heft vom 16. April 1901), mit banger Besorgnis die andern. Diesen Standpunkt vertritt z. B. der Senator Antonio d'Arco, der in demselben Prozeß einer der wichtigsten Belastungszeugen war (*Il fermento nelle campagne Mantovane*, im Heft derselben Zeitschrift vom 1. April 1901). Nach seinen Ausführungen haben vor allem ehrgeizige städtische Agitatoren die Bewegung veranlaßt und für sich ausgebeutet. Bald aber würden die Grundbesitzer den erhöhten Arbeitslohn nicht mehr zahlen können, ohne sich selbst zu ruinieren; sie würden, wenn etwa die städtische Verzehrsteuer auf Getreide (*dazio di consumo sul grano*, d. h. Weizen), wie vorgeschlagen worden ist, um fünf Lire für den Quintal (Zentner) herabgesetzt würde, einen jährlichen Schaden von zusammen anderthalb Millionen erleiden, weil das auch sie zur Preisherabsetzung zwingen würde; sie würden durch das alles unfähig werden, ihren Betrieb zu verbessern, und das Kapital würde von landwirtschaftlichen Unternehmungen abgeschreckt werden, das Grundeigentum also eine noch gar nicht absehbare Entwertung erfahren. Aber auch die Arbeiter würden dadurch schwer betroffen werden, und sie würden obendrein Gefahr laufen, daß Arbeiter aus andern Gegenden Italiens, wo die Lohnverhältnisse noch ungünstiger lägen als im Mantuanischen, einströmten und den Einheimischen die Arbeitsgelegenheiten verkümmerten.

Dem sei nun, wie ihm wolle. Jedenfalls hat d'Arco recht mit der Schlußbemerkung: „Das Schauspiel (einer ganzen sozialistischen Provinz) ist so neu und so wichtig, daß es die Aufmerksamkeit jedes Menschen erregen muß. Seine Bedeutung wird noch dadurch erhöht, daß sich die Organisation reizend schnell auf die Nachbarprovinzen ausdehnt. Das würde in jedem Lande eine imposante Erscheinung sein, aber sie wirkt noch alarmierender in einem armen Lande wie Italien, wo die Kräfte der Klassen, die der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung günstig sind, eine schwache Minderheit darstellen, die jetzt fast unfähig ist, den Kampf mit den immer wachsenden und immer leidenschaftlicheren Massen des Proletariats zu führen. Diese Ungleichheit der Kräfte ist für jeden, der zu sehen versteht, das charakteristische Merkmal, der Schlüssel für fast alle Erscheinungen und fast alle Rätsel unsers Volkslebens.“ In diesen Worten liegt freilich das Ein-

geständnis, daß das gegenwärtige parlamentarische Regiment in Italien den Schwierigkeiten der innern Lage nicht gewachsen ist. Diese Erkenntnis scheint doch auch dort allmählich aufzudämmern, bei allem Stolge auf die Freiheit des Landes; wenigstens lesen wir im neusten Hefte der Nuova Antologia den Satz: „Italien wird immer ein unglückliches Land sein, solange nicht in den hohen Staatsämtern die Männer bleiben, die unbestritten die Probe bestanden haben, solange jeder kleine parlamentarische Zwischenfall Menschen und Dinge ändert.“ *

Die Resultate unsrer höhern Schulen in den Augen eines „Modernen.“ In dem „Kunstwart,“ herausgegeben von Ferd. Avenarius, findet sich im ersten Märzheft ein mit R. G. unterzeichneter Aufsatz über „das Deutsch in der Schule,“ der geradezu als eine grobe Verleumdung unsrer höhern Schulen bezeichnet werden muß. An dem Bildungs- und Wissensstand eines heutigen Gymnasial- oder Realschulabiturienten falle bekanntlich, so sagt der Verfasser, „vor allem eins auf: das Halb- und Scheinwissen, das prunkende Vielwissen, das an alle Dinge mit roher Hand bereits gerührt hat, ohne auch nur für eins sich ein tieferes und reicheres Verständnis anzueignen,“ und es scheine die Signatur unsrer heutigen Schule zu sein: „eine phrasenhafte Behandlung aller Wissenschaftlichkeit, ein gedankenloses Plätschern an der Oberfläche, ohne jeden ernsthaften Versuch, einmal in der Tiefe Fragen zu berühren, durch die vielleicht der Gang der Treitmühle aufgehalten werden könnte, eine Unterdrückung aller feinem wissenschaftlichen und religiösen Anschauungen, ein starres Festhalten an Dogmen auf allen Gebieten.“ Und diese sinnlose Herunterziehung dessen, was die deutschen höhern Schulen leisten, wird wie ein Ausdruck der öffentlichen Meinung hingestellt. Die Resultate im klassischen Unterricht gipfeln danach im allgemeinen darin, „daß man mit Mühe und Not einen Satz aus dem Griechischen oder Lateinischen in ein undeutsches Deutsch übersetzen kann.“ Und im deutschen Unterrichte sei weder von einem Eingehn auf die Entwicklung der deutschen Sprache die Rede, „noch von einem Aufdecken der wundervollen Zusammenhänge bei der Bildung eines Wortes, der Nachahmung von Naturlauten und Geräuschen, der Empfindungsauslösungen usw.“ Bei den Aufsätzen werde „in sehr vielen Fällen“ nicht die Äußerung eigener Gedanken von dem Schüler gewünscht, sondern einfach, daß er „die Weisheit des Lehrers wiederhole,“ es komme sogar vor, daß man „die Übertragung vollendeter Verse in schulübliches Prosa-Deutsch und die Ersetzung poetischer Wendungen und Worte durch gebräuchlichere“ verlange. Die Schullektüre werde mangelhaft gewählt. Es solle einmal die Frage beiseite gelassen werden, „ob es nicht räthlich wäre, auch die Dichter mit heranzuziehen, die das Fühlen der Gegenwart auszudrücken suchen, und deren Namen unsre Jugend auf Schritt und Tritt begegnet,“ aber die Klassiker würden „verekelt,“ und mit „echter Dyrk“ — der Verfasser meint natürlich mit „moderner“ — beschäftigen man sich überhaupt nicht. Und mit einem solchen Sammelsurium falscher Anklagen, gedankenloser Forderungen und lächerlicher Ratschläge, bei denen man nicht weiß, ob die Unkenntnis oder die Dreistigkeit größer ist, fällt man über unsre höhern Schulen her, und anständige Zeitschriften öffnen solchem Geschreibsel ihre Spalten! Das ist auch ein Zeichen unsrer Zeit. Eine Widerlegung verdient dieser Unsinn natürlich nicht; es genügt, ihn tiefer zu hängen.

R. M.

Herausgegeben von Johannes Grunow in Leipzig

Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Carl Marquart in Leipzig